

Artikel vom 24.07.2018

Neuwahl bei der KPV Schweinfurt-Land

## Stark vor Ort – für die Kommunen im Landkreis Schweinfurt



Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) ist eine Arbeitsgemeinschaft der CSU, die die Anliegen der Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke, sowie der Planungsregionen innerhalb der CSU vertritt. Grundlegende Ziele hierbei sind die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung als wichtige verfassungsrechtliche Garantie sowie – damit eng verbunden – die Sicherung der kommunalen Finanzautonomie.

Der KPV gehören alle kommunalen Mandatsträger der CSU oder einer der Arbeitsgemeinschaften an. Insofern steht auch der Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen im Focus. Der KPV kommt damit eine wichtige Rolle zu, die Interessen ihrer Kommunen und damit der Bürger regional und überregional zu vertreten. So konnte die KPV z.B. auch durchsetzen, dass den Kommunen nicht direkt vom Bund Aufgaben übertragen werden können und somit das in vielen Bundesländern bestehende Konnexitätsprinzip die Kommunen vor Aufgabenübertragung ohne die entsprechende finanzielle Ausstattung schützt.

Als direkte Ansprechpartner in der Region Schweinfurt hat nun die KPV Schweinfurt-Land in der Kreisversammlung den Kreisvorstand neu gewählt. Als Kreisvorsitzender wurde Bürgermeister Willi Warmuth (Dittelbrunn) einstimmig in seinem Amt bestätigt, ebenso die beiden Stellvertreter Bürgermeisterin Edeltraud Baumgartl und Thomas Stadler. Als Beisitzer stehen ihnen Erich

Hemmerich, Corinna Pabst, Annemarie Lutz, Heidi Engelbrecht, Hans Kemmer, Friedel Heckenlauer, Gertraud Göb und Michael Geck zur Seite.

Die Vertreter in der Bezirksversammlung wurden gewählt: Willi Warmuth, Edeltraud Baumgartl, Thomas Stadler, Corinna Pabst, Erich Hemmerich, Heidi Engelbrecht, Hans Kemmer, Annemarie Lutz, Friedel Heckenlauer, Michael Geck.

Innenstaatssekretär Gerhard Eck erläuterte die aktuellen Entwicklungen in der Landespolitik, verwies auf die kommunalrechtlich positive Entwicklungen unter Führung der CSU und dankte allen für den Einsatz für unsere Gemeinden und die Bürger und Bürgerinnen vor Ort. In einem monatlichen Newsletter sollen künftig die Kommunalvertreter notwendige Informationen direkt erhalten.